



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

**Rede des Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
anlässlich der Debatte zur
"Umsetzung eines Klimageldes zur Entlastung von Privatpersonen
von steigenden CO2-Preisen"**

**in der 1041. Sitzung des Bundesrates
am 2. Februar 2024**



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 2. Februar 2024 in der 1041. Sitzung des Bundesrates

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

die Verpflichtung zur Einhaltung der Pariser Klimaziele und die damit einhergehende Notwendigkeit zur Bekämpfung des Klimawandels ist ohne Zweifel eine der zentralen Zukunftsaufgaben für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dies droht bei all den anderen Krisen der vergangenen Jahre gelegentlich in den Hintergrund zu treten.

Schon die letzte Bundesregierung hat wichtige Weichenstellungen zum Schutz des Klimas vorgenommen und unter anderem einen kontinuierlich ansteigenden CO₂-Preis beschlossen.

Dennoch, da gibt es keine Zweifel, müssen wir beim Kampf gegen den Klimawandel schneller werden. Das hat uns nicht zuletzt das Bundesverfassungsgericht vor drei Jahren ins Stammbuch geschrieben. Bis 2030 sollen die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland um 65 Prozent verringert, bis 2045 soll Deutschland sogar Treibhausgas-neutral werden. Um das zu erreichen war und ist mehr Tempo nötig.

Die Ampel-Bundesregierung hat in den vergangenen beiden Jahren Tempo gemacht. Mit vielen dieser Vorhaben haben wir uns auch hier im Hause intensiv auseinandergesetzt.



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 2. Februar 2024 in der 1041. Sitzung des Bundesrates

Mit dem Ausbau von Windkraft und Solarenergie, mit dem Ausbau der Stromnetze und dem Aufbau eines Wasserstoffnetzes, mit dem klimaneutralen Umbau der Industrie, mit der Neufassung des Gebäude-Energiegesetzes oder auch mit dem Deutschlandticket. Die Länder sind dabei nicht nur Teil dieser ganzen Vorhaben – übrigens auch in finanzieller Sicht -, sie ergänzen sie auch mit eigenen Initiativen hier im Bundesrat. Beispielhaft verweise ich nur auf die beiden Anträge aus Bremen und Niedersachsen zum Thema „Offshore“, die heute eingebracht werden.

All diese Vorhaben sind für die Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft ein echter Kraftakt. Sie ändern die Art wie wir leben und wie wir wirtschaften - und das innerhalb kürzester Zeit. Sie sind aber auch eine erhebliche finanzielle Belastung – für die Unternehmen, für die Bürgerinnen und Bürger aber auch für die öffentliche Hand.

Der Staat flankiert neue Technologien mit Förderprogrammen, um sie am Markt zu etablieren. Und er federt schon jetzt soziale Härten ab, weil sich nicht alle Menschen die anstehenden Veränderungen leisten können.

Meine Damen und Herren,

die bisher beschlossenen Maßnahmen zur Gewährleistung eines sozial gerechten Klimaschutzes sind beachtlich, sie reichen aber nicht aus. Es steht außer Frage, dass Menschen mit geringen Einkommen von den steigenden CO₂-Preisen am stärksten betroffen sind. Sie haben kaum Möglichkeiten, die steigenden Kosten durch ein klimabewussteres Konsumverhalten oder eine energiesparendere Technik zu kompensieren. Sie leben schon jetzt in kleineren Wohnungen, sie fahren schon jetzt seltener in den Urlaub und sie können sich ein Elektroauto auch bei üppiger staatlicher Förderung schlicht nicht leisten. Der steigende CO₂-Preis trifft sie doppelt hart, weil sie schon jetzt einen deutlich größeren Teil ihres Einkommens für Energie ausgeben müssen als Menschen mit hohen Einkommen.



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 2. Februar 2024 in der 1041. Sitzung des Bundesrates

Und mit jedem Jahr wird die Schere weiter auseinandergehen. Sozial gerecht ist das nicht.

Deshalb war es nur folgerichtig, dass sich die Ampel im Koalitionsvertrag auf einen Ausgleich für den steigenden CO₂-Preis verständigt hat – und zwar über die Abschaffung der EEG-Umlage hinaus. Das so genannte Klimageld ist nicht nur sozial gerecht, es ist auch ökologisch klug, denn nur so kann eine breite gesellschaftliche Zustimmung zum Klimaschutz dauerhaft gewährleistet werden.

Das Klimageld wäre ein klares Signal, dass wir die Sorgen der Menschen ernst nehmen. Die Sorge, ob sie die nächste Stromrechnung noch bezahlen können oder die Sorge, ob sie sich den Weg zur Arbeit in ihrem alten Auto noch leisten können.

Das Klimageld kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten verloren gegangenes politisches Vertrauen zurückzugewinnen. Und ja, in diesem Zusammenhang werden wir auch über eine mögliche einkommensabhängige Ausgestaltung diskutieren müssen. Ich persönlich hätte dafür durchaus Sympathien, sofern es eine verwaltungsmäßig praktikable Lösung gibt.

Meine Damen und Herren,

was derzeit leider noch fehlt ist ein geeigneter Weg, um ein mögliches Klimageld gezielt an die Empfängerinnen und Empfänger auszuzahlen. Ein Problem, das wir ja in vergleichbarer Form auch schon während der Pandemie hatten. Ein Problem, dass wir jetzt schnellstmöglich lösen sollten.

Deshalb fordert Bremen zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen mit der EntschlieÙung erstens, dass das Bundesfinanzministerium nach Zeiten des Hinhaltens und Taktierens – endlich möchte ich sagen – seine Hausaufgaben macht und noch in diesem Jahr die Voraussetzungen für Direktzahlungen an alle



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 2. Februar 2024 in der 1041. Sitzung des Bundesrates

Bürgerinnen und Bürger schafft. Nachdem der Bundesfinanzminister ja vor einigen Wochen noch versucht hat, das Thema auf die nächste Legislaturperiode zu verschieben, würde es mich freuen, wenn sich die Signale bewahrheiteten, dass das Ministerium sich jetzt ernsthaft an die Arbeit macht.

Und zweitens fordern wir, dass ab 2025 mit der Auszahlung des Klimageldes zumindest begonnen wird. Das wird nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts sicher kein leichtes Unterfangen werden. Angesichts der Erhöhung des CO₂-Preises zum 1. Januar 2025 von 45 auf 55 Euro pro Tonne brauchen wir dieses Signal aber unbedingt. Nur so können wir verhindern, dass sich noch mehr Menschen als Verlierer der Energiewende sehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich würde mich freuen, wenn unsere Initiative nach konstruktiven Beratungen in den Ausschüssen schon bald hier ein zweites Mal beraten und dann beschlossen werden würde.

Herzlichen Dank!